

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Bei Bestellungen 1,00 RM. zusätzlich Verlagsgeb. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Postanstalten und Postämter sind zu bestellen. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist ein Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend.



Einzelnenpreis: die 8 gespaltenen Nummern 20 Kpf., die 4 gespaltenen Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspennige, die 2 gespaltenen Reklameteile im textlichen Teile 1 RM. Nachdruckgebühren 20 Reichspennige. Wochentage und Feiertage sind zu bestellen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist ein Wochenblatt für die Wilsdruffer Umgegend. Jeder Abbesteller ist verpflichtet, wenn der Betrag durch die Post eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 20 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 24. Januar 1933

Nach 13 Jahren.

Der auf dem Rhein, der Elbe oder der Oder entlangfährt, ahnt wohl kaum, daß er sich gar nicht auf einem deutschen, sondern auf einem „als international erklärten“ Strom befindet. „Die Staatsangehörigen, das Eigentum und die Flaggen aller Mächte genießen völlige Gleichberechtigung, und zwar so, daß kein Unterschied gemacht wird zum Nachteil der Staatsangehörigen, des Eigentümers oder der Flagge irgendeiner dieser Mächte, zwischen diesen und den Staatsangehörigen, dem Eigentum und der Flagge des Uferstaates selbst und dem am meisten begünstigten Personen.“ Man hätte diesen Satz eigentlich — französisch zitiert müssen; denn für die Vereinbarungen über die Internationalisierung der deutschen Ströme gilt als offizieller oder maßgebender Text nur der französische! Der Rheinverehr j. A. überschreitet der internationalen Rheinschiffahrtskommission in Straßburg, in der die deutsche Vertretung an Zahl die Schwäche ist.

Das ist gerade jetzt wieder insofern „aktuell“ geworden, als man — 13 Jahre nach Inkrafttreten des Versailler Diktats — eine „Ober-Alt“ zustandegebracht hat. Schon die Zusammensetzung der Kommission, die diese Vereinbarung zu beraten hatte, ist entschieden „schönfärbend“. Die Ober ist von der Mündung der Dypa an als „international“ erklärt worden, obwohl sie ausschließlich von diesem Punkt an durch deutsches Gebiet fließt. Der Artikel 341 des Versailler Diktats hat aber die Verwaltung der Ober („Ddre“) einer internationalen Kommission unterstellt, die nur ein einziges deutsches Mitglied aufweist. Die sechs anderen Mitglieder werden von Polen, der Tschechoslowakei, England, Frankreich, Dänemark und Schweden gestellt, wobei man nicht recht einsehen vermag, was für wirtschaftliche Interessen man in Paris, London oder Prag an der Schiffahrt auf der Ober haben kann! Immerhin verpflichtet sich Deutschland jeder allgemeinen Übereinkunft über die internationale Regelung . . . der Schiffahrtswege, der Häfen . . . beizutreten, die zwischen den alliierten und assoziierten Mächten mit Zustimmung des Völkerbundes binnen einer Frist von fünf Jahren vom Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages abgeschlossen werden sollte.“ Das steht alles im Versailler Diktat und — soll heute noch rechtliche Gültigkeit haben! Auch für die Ober!

Denn während Deutschland den anderen Staaten auf diesen als „international erklärten“ Strom völlige Gleichberechtigung zu gewähren hat, können deutsche Schiffe regelmäßige Schiffsverbindungen für Reisende und Güter zwischen den Häfen einer alliierten und assoziierten Macht nur mit deren besonderer Ermächtigung unterhalten.“ Die Rechte also, die man den anderen Staaten gab, ist uns Deutschen auf dem Rhein, der Elbe und der Oder nur unter ausdrücklicher Genehmigung des betreffenden Uferstaates gestattet! Vor allem aber versucht die Ober-Koite uns Vorschriften zu machen über die Stromregulierung, die Taxen und Abgaben, ja sogar darüber, daß alle Sprachen der an der Kommission beteiligten sieben Länder als rechtsgültig zugelassen seien, im Falle der Auslegungsschwierigkeiten aber nicht etwa der deutsche, sondern der französische Text als maßgebend erklärt werde. Für die „internationale“ Verwaltung der Ober, soweit sie auf deutschem Gebiet fließt, wird also durch Beschluß dieser Ober-Kommission das Französische zur — Amtssprache erklärt.

Die Kommission spricht sich auch das Recht zu, Bestimmungen zu fassen, welche großen Arbeiten im Stromgebiet durch Deutschland vorgenommen werden müssen. Andererseits lehnt es aber Polen ab, die jetzt größtenteils auf polnischem Gebiet fließenden Nebenflüsse der Ober, die Warthe und die Nege, solchen internationalen Regulierungsverpflichtungen zu unterstellen. Dieser Weigerung gegen die Kommission nachgegeben, und sie hat damit gesagt, daß hier durchaus nicht wirtschaftliche, sondern politische Tendenzen maßgebend gewesen sind. Das geht auch zum Beispiel aus der anderen Bestimmung dieser „Ober-Alt“ hervor, wonach Deutschland der — Tschechoslowakei im Kriegsfall einen „zweiten, ähnlichen Weg“ zu kriegerischen Maßnahmen als Schiffahrtsweg unbrauchbar gemacht werden würde. Andererseits aber hat Polen die Bestimmung der üblichen Schutzbestimmungen verhindert, in deren Grenzen der beteiligten Staaten an anderen Grenzen keine günstigeren Bedingungen gewähren die Ober, soweit sie schiffbar ist, überhaupt nur in dem deutschen Gebiet fließt, würden diese Bestimmungen im Kriegsfall ausdrücklich einen Bruch der Neutralität zugunsten der sechs an der Ober-Kommission beteiligten Staaten darstellen. Das paßt ausgezeichnet dazu, daß man uns wirtschaftspolitisch nur Pflichten auferlegt, aber keine Rechte bei der „Internationalisierung“ der Donau und des Rheins, der Elbe und des Niemens, der Elbe und . . . doch nein, die Beser hat man im Versailler Diktat zu „regeln“ ganz vergessen! Die deutsche Regierung hat es abgelehnt, diese von polnischen Tendenzen diktierte, erst nach dreizehn Jahren im Versailler Diktat zu unterzeichnen.

Mehrheitskabinett oder Staatsnotstand?

Letzte Versuche.

Kommt der Staatsnotstand?

Reichspräsident von Hindenburg hat am Montag den Reichszentralrat von Schleicher zum Vortrag über die politische Lage und den Stand des Arbeitsbeschaffungsprogramms empfangen. In der Aussprache zwischen Reichspräsident und Reichszentralrat dürften auch die mit der Vertagung des Reichstages und den jetzigen Mehrheitsverhandlungen der Parteien zusammenhängenden Fragen erörtert worden sein.

Inzwischen sind in Berlin die Besprechungen über die Lösung der politischen Krise auf parlamentarischen Wege fortgesetzt worden. Die Regierung beteiligt sich entsprechend ihrer im Ministerrat des Reichstages abgegebenen Erklärung nicht an diesen neuen Verhandlungen. Sie bleibt vielmehr demonstrativ im Hintergrund und wartet ab. In politischen Kreisen glaubt man allgemein, daß die Verhandlungen zwischen den Parteien zur Bildung einer Mehrheitsregierung kaum Erfolg haben werden.

Sollte dieser letzte Versuch zur Klärung der politischen Lage auf parlamentarischem Wege, der namentlich vom Zentrum propagiert worden ist, wieder scheitern, so ist es nicht ausgeschlossen, daß man auf Seiten der Regierung den sogenannten Staatsnotstand proklamiert, als dessen Folge zahlreiche Artikel der Verfassung außer Kraft gesetzt werden würden.

In nationalsozialistischen Lager haben in Anwesenheit Hitlers im Hotel Kaiserhof in Berlin wieder eingehende Beratungen stattgefunden, an denen auch Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht teilnahm. Außerdem sollen auch Besprechungen zwischen deutschnationalen und Nationalsozialisten im Gange sein. Weiterhin war eine Aussprache zwischen Hitler und dem Zentrumsführer Dr. Kaas vorgesehen, auch eine Zusammenkunft zwischen Hitler und Gregor Strasser war für Montag geplant. Strasser soll übrigens in den letzten Tagen auch vom Reichszentralrat wieder empfangen worden sein. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Hitler und Gregor Strasser sollen, wie es heißt, in der Weise aus der Welt geschafft werden, daß Strasser wahrscheinlich weiterhin Mitglied der Nationalsozialistischen Partei bleibt, aber keine Ämter übernimmt.

Besprechungen zwischen NSDAP. und Zentrum.

Zwischen den Reichstagsfraktionen der NSDAP. und der Zentrumsfraktion fand eine kurze, rein informativische Aussprache statt, an der von jeder Seite nur ein Vertreter beteiligt war. Es ist anzunehmen, daß diese Besprechungen am Dienstag fortgesetzt werden. Adolf Hitler hat sich von Berlin wieder nach München begeben, so daß er selbst an Verhandlungen dieser Art nicht beteiligt sein wird.

Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt eine Sitzung ab, zu deren Beginn, wie die Pressestelle der DNVP. mitteilt, der Fraktionsvorsitzende Dr. Oberfohren der verstorbenen Abg. Frau Kawengel gedachte, die insbesondere als Vertreterin des Saargebietes weiten Kreisen in Deutschland bekannt war. Darauf ergriff der Parteiführer Dr. Hugenberg das Wort und legte seine Auffassung über die politische Lage dar. Nach der seitens der Fraktion mit lebhafter Zustimmung aufgenommenen Rede Dr. Hugenbergs kam aus der Fraktion heraus die wachsende Verzweiflung im Lande stark zum Ausdruck. Nach einer sehr regen Aussprache vertagte sich die Fraktion auf Dienstag vormittag, wo

man sich insbesondere mit den wirtschaftspolitischen, vor allem den agrarpolitischen und Mittelstandsfragen beschäftigen will.

Was die Presse sagt.

Berlin, 24. Januar. Unter Bezugnahme auf den gestrigen Vortrag, den Reichszentralrat v. Schleicher dem Reichspräsidenten über die innerpolitische Lage gehalten hat, behauptet die „Vossische Zeitung“, unterrichtete Persönlichkeiten glaubten, aus manchen Anzeichen schließen zu dürfen, daß der Gedanke, einen „Staatsnotstand“ zu konstatieren und daraus die Zulässigkeit einer Verschiebung von Neuwahlen abzuleiten, in der Wilhelmstraße schon seit geraumer Zeit erwogen und erörtert werde. Das Blatt meint, Reichspräsident und Reichsregierung würden mit der Durchführung eines solchen Planes in einen unrepairierbaren Konflikt mit den verfassungstreuen Teilen der Bevölkerung geraten. Sie würden für die Verfassungsgegner das willkommene Präzedenz schaffen, wie man durch eine willkürliche gedankliche Konstruktion eines Staatsnotstandes eine Verfassung außer Kraft setzen könne. Bei der besagten Auffassung des Reichspräsidenten von der Verfassung müsse man vorläufig annehmen, daß es sich bei den Erörterungen über Staatsnotstand und Aussetzung der Reichstagswahlen um Pläne handele, die an die Regierung herangetragen worden seien, aber nicht um Absichten, mit denen sich die verantwortlichen Personen ernsthaft befaßten. Auch die „Germania“ meint, die innere Unruhe eines Volkes, das seit Jahr und Tag in leidenschaftlichen inneren Kämpfen liege, lasse sich durch die Detreditierung eines Notstandes und durch die diktatorische Handhabung der Regierungsgewalt wohl nicht beseitigen. Die „D.F.Z.“ glaubt, aus der Abreise Hitlers aus Berlin schließen zu müssen, daß der Stand der mannigfachen Bemühungen um eine irgendwie geartete Regierungskonstellation wenig aussichtsreich sei. Selbst wenn in den nächsten Tagen noch von einzelnen Parteien Vorträge in dieser Richtung erfolgen sollten, sei mit überraschenden Wendungen kaum noch zu rechnen. Ein weiteres Ausweichen der Parteien vor einer Stellungnahme zum Kabinett Schleicher werde am Freitag nicht mehr möglich sein. Auch die „Völkzeitung“ ist der Auffassung, daß mit der Abreise Hitlers aus Berlin die Absicht, offizielle Verhandlungen über die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitskoalition aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Zentrum noch vor der Freitagssitzung des Reichstages in Gang zu bringen, so gut wie erledigt sei. Auch von einer Fortsetzung der seinerzeit in Köln begonnenen und dann in Berlin in der einen Unterredung zwischen Hugenberg und Hitler aufgenommenen Besprechungen über die Erneuerung der Harzburger Front hört man zurzeit wenig. Der Gedanke eines Wiederaufschlusses der nationalen Bewegung an sich ist damit natürlich keineswegs tot, aber es scheinen sich im Augenblick jedenfalls noch keine praktisch sofort greifbaren Möglichkeiten für Lösungen zu zeigen, von denen man sich irgendwelche grundlegenden Veränderungen der politischen Situation versprechen könnte. An der Absicht der Regierung, den Reichstag zur Entscheidung zu zwingen, habe sich nichts geändert, ebensowenig aber auch daran, daß der Reichstag, wenn ihm sehr viel daran liegen sollte, der Regierung wiederum ausweichen könne. Die „Kreuzzeitung“ sagt, politisch viel wichtiger als alle Kombinationen über parlamentarische Lösungsmöglichkeiten sei es, daß sich in maßgebenden Kreisen offenbar immer stärker die Ueberzeugung durchsetze, es sei dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft mit Neuwahlen nicht mehr zu helfen. Es müsse vielmehr nach dem erneut erwiesenen Versagen des Parlamentarismus mit allem Ernst an außerordentliche Maßnahmen auf Grund eines nicht mehr wegzuleugnenden Staatsnotstandes gedacht werden. Der Sozialdemokratische Pressedienst will wissen, daß am Montag der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell und der Vorsitzende der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion Dr. Frik eine Besprechung über die politische Lage gehabt haben.

Der Kampf in Genf beginnt.

Präsidium der Abrüstungskonferenz zusammengesetzt.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz, in dem insgesamt achtzehn Regierungen vertreten sind, trat in Genf nach längerer Unterbrechung wieder zusammen, um die Wiederaufnahme der Arbeiten der Abrüstungskonferenz vorzubereiten. Die deutsche Regierung wurde in der Sitzung durch Botschafter Adolphe vertreten, der zum erstmalig nach dem Ausscheiden Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz Ende Juli 1932 an den Arbeiten des Präsidiums wieder teilnimmt.

Das Präsidium begann mit der Durchberatung des Abkommens für die Rüstungskontrolle, das die Schaffung eines internationalen Ausschusses vorsieht, der aus Vertretern sämtlicher Unterzeichnerstaaten zusammengesetzt werden und die Durchführung des künftigen Abrüstungsabkommens in den einzelnen Ländern übernehmen soll.

Genesch vergleicht deutsche Minderheiten mit Landesverrätern! Im Präsidium der Abrüstungskonferenz kam es zu einer bewegten Aussprache über den sogenannten „Landesverräter-Paragrafen“ des Ab-